

Teilhabe statt Prekarisierung!

Am 1. Mai, 14. Juni und 23. September fordern Migrantinnen ihre Rechte ein.

Soziale Sicherheit und politische Partizipation sind nach wie vor grossteils Privilegien alter, eingeborener weisser Männer. Viele Frauen mit Migrationshintergrund mussten ihr Herkunftsland wegen materieller Not verlassen, mit dem Überschreiten von Grenzen setzt sich ihr Leben in Unsicherheit fort und auch nach Ankunft in der Schweiz leben sie weiterhin prekär.



Höhere Löhne und Ausbau des Service public!

Auf dem Arbeitsmarkt sind Migrantinnen deutlich stärker als die alteingesessene Bevölkerung in Niedriglohnsektoren (Dienstleistungen, Haushalt, Reinigung, Pflege etc.) beschäftigt, haben befristete Stellen, arbeiten Teilzeit oder auf Abruf. Sie arbeiten in systemrelevanten Berufen, die jedoch schlecht bezahlt sind. Auf Vollzeitstellen hochgerechnet liegt der Lohnunterschied zwischen Migrantinnen und Schweizer Männern bei 26 Prozent und damit 8 Prozent über der allgemeinen Differenz zwischen Männern und Frauen. Zum Lohnunterschied kommt oft Überqualifikation: Viele Arbeitsmigrantinnen haben zwar einen tertiären Abschluss, aber keine Stelle, für die dies vorgesehen ist – 27 Prozent sind für ihren Arbeitsplatz überqualifiziert. In den letzten 20 Jahren haben sich durch Privatisierungen von Reinigungen, Küchen, Kantinen und Wäschereien die Arbeitsbedingungen und Löhne für viele Migrantinnen weiter verschlechtert. Diese Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden.

Der VPOD fordert einen Mindestlohn von 4500 Franken, die Aufwertung gesellschaftlich wichtiger Berufe, die Anerkennung von Diplomen sowie das Recht auf Aus- und Weiterbildung für alle!

Soziale Sicherheit!

Unsichere Beschäftigungsverhältnisse bedeuten für Migrantinnen existenzielle Unsicherheit. Verschlechterungen des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) in den letzten Jahren haben dazu geführt, dass sie bereits bei zeitweiser Armut und Sozialhilfeabhängigkeit Gefahr laufen, ihr Recht auf Aufenthalt zu verlieren und aus der Schweiz weggewiesen zu werden.

Der VPOD bekämpft jede Kriminalisierung von Armut. Damit alle Menschen in der Schweiz Zugang zu sozialer Sicherheit haben, setzt er sich für Überarbeitungen des AIG ein.



Politische Teilhabe!



Erst 1971 haben Frauen in der Schweiz das Stimm- und Wahlrecht erhalten. Noch immer schliesst unser Land jedoch ein Viertel der Bevölkerung von politischen Rechten aus. Es ist ein starkes Demokratiedefizit, dass mehr als 25 Prozent der Menschen, die in der Schweiz leben und arbeiten, keinen Schweizer Pass haben und so nicht mitbestimmen können.

Der VPOD unterstützt deshalb die Volksinitiative der Aktion Vierviertel für ein modernes Bürgerinnenrecht, die für alle Menschen nach fünf Jahren Aufenthalt ein Recht auf Einbürgerung vorsieht.

Um die soziale und politische Teilhabe aller Migrantinnen in der Schweiz voranzubringen, ergreifen wir Migrantinnen im VPOD das Wort am 1. Mai und am 14. Juni. Am 23. September mobilisieren wir breit für unseren Aktionstag «Teilhabe statt Ausgrenzung!», für die ökonomische, soziale und politische Partizipation aller Menschen in der Schweiz.